

09.03.2020

## BGA: Verhagelter Jahresauftakt im Außenhandel

Exporte sind im Vorjahresvergleich um 2,1 Prozent zurückgegangen

(BGA) - "Die Unruhe auf dem Weltmarkt verhagelt den Jahresauftakt im Außenhandel und hinterlässt sowohl bei den deutschen Exporten als auch bei den Importen ihre Spuren. Mit dem Corona-Virus ist nunmehr ein zusätzlicher Faktor ins Spiel gekommen, der die Weltwirtschaft deutlich belasten wird." Dies erklärt Dr. Holger Bingmann, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), heute in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für November 2019 bekannt gegeben. Demnach wurden Waren im Wert von 106,5 Milliarden Euro exportiert. Damit sind die Exporte im Vorjahresvergleich um 2,1 Prozent zurückgegangen. Mit einem Warenwert von 92,7 Milliarden Euro sind die deutschen Importe ebenfalls gesunken, im Vorjahresvergleich um 1,8 Prozent. Die Außenhandelsbilanz schloss damit mit einem Überschuss von 13,9 Milliarden Euro ab.

"Momentan steht die Weltwirtschaft vor einer Vielzahl von Herausforderungen - angefangen bei den Handelsstreitigkeiten, maßgeblich angetrieben von den USA, über den Brexit und die allgemeine Konjunkturflaute bis hin zur jetzigen Belastungen durch Corona. Bisher haben die Unternehmen dies alles mit Mühe meistern können. Ab einem gewissen Zeitpunkt jedoch werden die wirtschaftlichen Auswirkungen spürbar und dieser scheint jetzt erreicht zu sein. Wir sind in einer Situation, in der wir noch dringender als bisher politische Unterstützung brauchen, damit die Effekte abgemildert werden. Wir begrüßen daher die Maßnahmen, die der Koalitionsausschuss in der Nacht zu heute beschlossen hat. Gleichzeitig warne ich davor, nun in Panik verfallen, denn damit ist keinem geholfen", so Bingmann abschließend.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.